

23.April 2017

Gedenkveranstaltung zum 72. Jahrestag der Befreiung

VVN-BdA & DGB

Sowjetischer Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten

Rede von Vera Hilbich

Sehr geehrte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde.

Vielen Dank für die Einladung hier zu sprechen – ich bin eingeladen worden weil ich hier aus der Gegend komme und mich viel mit der Erinnerung, bzw. jahrzehntelangen Nichterinnerung an das Geschehen in den sogenannten Russenlagern in der Lüneburger Heide beschäftigt habe. Außerdem bin ich Mitarbeiterin von WABE, das ist die Abkürzung für Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie und Zivilcourage. Ganz kurz gesagt sind wir ein Netzwerk gegen Rechts in den Städten und Landkreisen Verden und Nienburg.

Wir feiern dieses Jahr 72 Jahre Befreiung vom Nationalsozialistischen Regime. (Und ich meine ganz bewusst die Herrschaftsform, denn gerade die Beschäftigung mit Friedhöfen wie diesem zeigt, dass die nationalsozialistische Ideologie nach Mai 1945 nicht aus allen Köpfen verschwunden war..)

Und es ist jetzt 75 Jahre her, dass in den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht im Winter 1941/42 hier, in Oerbke, in Wietzendorf und anderswo ein ganz großer Teil der sowjetischen Soldaten sterben musste. All diese Menschen, die hier gequält und ermordet worden sind.... Ihr trauriges Schicksal und die dahinter stehende Ideologie entsetzt mich und sicher auch Sie und Euch sehr und es ist nicht leicht die richtigen Worte zu finden. Was machen wir mit dem Wissen um diesen Ort? Um das mörderische Tun, das Mithelfen, das Wegsehen so vieler Menschen damals? Die heutige gesellschaftliche Verantwortung für dieses Erbe wird an den Jahrestagen neben der Trauer um die Ermordeten besonders in den Mittelpunkt gestellt und es ist wichtig sich dieser Verantwortung bewusst zu sein und sich als Konsequenz gegen Menschenfeindlichkeit jeder Art zu stellen wie es viele von Ihnen und Euch tun.

Ich persönlich frage mich immer wieder was dieser Teil der Geschichte, was dieser Kriegsgefangenenfriedhof auf dem wir stehen für uns, die wir in dieser Gegend aufgewachsen sind oder hier leben bedeutet. Dabei finde ich es wichtig, sich darüber klar zu sein, dass Lager nicht exterritoriale Orte waren an denen das Grauen stattfand. In den Lagern fand das Grauen ganz besonders gebündelt statt, aber das Quälen oder Töten fand auch statt auf fast jedem Bauernhof oder Betrieb der Region, wo Menschen zur Arbeit gezwungen wurden. Überall wo wir uns bewegen, waren Orte der Verfolgung. Auch in Städten wie Celle, Walsrode, Verden

wurden Juden und Jüdinnen deportiert und überall, z.B. in Fallingbommel, wurden Oppositionelle und andere Gruppen verfolgt. Noch ein Beispiel: ich bin zur Schule gegangen in Benfeld in einem ehemaligen Gebäude der Eibia Werke, einem Rüstungsbetrieb der Zwangsarbeiter_innen, Kriegsgefangene und auch KZ-Insassen bei der Schießpulverproduktion geradezu verheizte. Dass ich das betone soll die Wichtigkeit der Gedenkstätten nicht relativieren. Aber meiner Meinung nach können wir die Zeit von 1933-45 nur verstehen, wenn wir unser Wissen über die Lager, über die großen Gedenkorte, mit einem Interesse für die Geschichte unserer unmittelbaren Alltagsumgebung verknüpfen. Einige solcher Projekte gibt es in der Region und das ist ermutigend.

Nach dem Krieg interessierten sich kaum Deutsche für die Kriegsgefangenenfriedhöfe. Sie wuchsen nur deswegen nicht komplett zu, weil sich Alliierte und z.B. der VVN über den Zustand der Friedhöfe beschwerte. Der ab 1951 für die Gräber zuständige Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge unternahm nur das nötigste an Pflegearbeiten und das auch nur, um als „Gegenleistung“ Zugang zu Gräbern deutscher Soldaten auf dem Gebiet der Sowjetunion bekommen zu können, wie die Quellen aufzeigen. Das Massensterben in den Lagern für sowjetische Kriegsgefangene wurde, wenn es denn überhaupt Thema war in der Nachkriegsgesellschaft der Lüneburger Heide, mehrheitlich zwar nicht gelehrt (wie andere Verbrechen), aber als eine Art

Naturkatastrophe dargestellt; Die Seuchen in den Lagern hätte man ja leider nicht aufhalten können, so der Tenor. Dabei war das Massensterben Folge der rassistischen Kriegsgefangenenpolitik der Wehrmacht und die Heidjer und Heidjerinnen waren oft genug Zeug_innen der unmenschlichen Behandlung oder profitierten von der Gefangenschaft und der Ausbeutung. Der Kriegsalltag der Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Heidekreis und Landkreis Celle war eng verbunden mit dem Leben oder vielmehr dem Sterben der Kriegsgefangenen. Rassistische Sprechweisen von „unserem Russen“ der es als Kriegsgefangener gut gehabt habe im Arbeitseinsatz auf dem Hof der Familie halten sich bis heute und kippen oft um in Klagen über Plünderungen der Lagerinsass_innen und Zwangsarbeiter_innen nach der Befreiung. Die mangelnde Reflexion darüber, auch in vielen Ortschroniken, hat auch dazu beigetragen, dass eine offizielle Thematisierung und Geldzuwendung Deutschlands an die wenigen noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen erst vor zwei Jahren stattfand.

In den 1960er Jahren wurden massive Maßnahmen ergriffen, die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen weiter verschwinden zu lassen. Federführend durch die Landesregierung, die Bezirksregierung und den Volksbund wurden die Gräber auf den Friedhöfen eingeebnet, diese Parklandschaften angelegt, die sowjetischen Mahnmale teilweise gesprengt (Sandbostel) oder

abgerissen (Oerbke) und durch verschleiernde Inschriften und Denkmäler ersetzt. Dazu gäbe es noch viel zu sagen und zu forschen. Erst in den 1980er Jahren kam so starkes Interesse aus der Bevölkerung, dass die alte Deutungshoheit Risse bekam, doch den um Aufarbeitung Bemühten schlug noch lange große Feindseligkeit entgegen.

In der offiziellen niedersächsischen Gedenkstättenlandschaft nehmen die Friedhöfe der sowjetischen Kriegsgefangenen weiterhin eine untergeordnete Position ein. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass ihnen geringe gesamtgesellschaftliche Anerkennung als Orte der Trauer und des Lernens zuteil wird. Ich wünsche mir für diese Orte eine gute Mischung aus zivilgesellschaftlicher und offizieller Erinnerungskultur und einen Austausch der verschiedenen Arbeitsgruppen und Zuständigen auf Augenhöhe.

Jeder Gedenkort wünscht sich viele junge Leute die sich mit seiner Geschichte und den dort gequälten Menschen befassen. Projekte wie die Tontafeln sind ein Trost für die Angehörigen die hier herkommen um am Sterbeort ihres Verwandten zu trauern. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass sich junge Leute – auch die, die selbst oder deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurden, sehr aufgeschlossen und berührt mit dem Friedhof und den sowjetischen Kriegsgefangenen befassen, wenn sie ausreichend Zeit dafür haben zu verstehen. Eine junge Frau hat vorletzte Woche zu mir gesagt: „Ich möchte dass diese schrecklichen Dinge nie wieder

passieren und ich muss auch die ganze Zeit an Syrien denken und an die Anschläge auf die Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland, wie soll ich das alles in meinem Kopf sortieren?“ Ihr Fazit war: Es ist erst der Anfang gemacht, sie möchte sich und andere weiter informieren.

Hier vor Ort sind die Jugendlichen übrigens oft empört über das Schießen und die Militärfahrzeuge auf dem Truppenübungsplatz Bergen. Eigentlich ist es doch erschreckend, wie selbstverständlich vielen in der Region dieser riesige Kriegsübungsplatz erscheint. Dabei zeigt er so deutlich, dass wo das Militär angesiedelt wird, der Tod nicht weit ist (Zitat meines Vaters). Von den Nazis angelegt, um einen Angriff auf die Sowjetunion zu proben und dann Sterbeort für so viele Menschen in den verschiedenen Lagern. Heute müsste in der Region viel mehr über die Geschichte des Truppenübungsplatzes und die Militarisierung einer ganzen Gegend gesprochen werden und Alternativen wie die Idee, hier ein Biosphärengebiet einzu-richten, müssen bekannter und Schritt für Schritt umgesetzt werden. Nur so kann es hier eine friedliche Zukunft geben und es wäre eine respektvollere Umgebung für die Kriegsgefangenenfriedhöfe und die Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Wir als Erwachsene fordern viel von den nachfolgenden Generationen und setzen Hoffnung in „die Jugend“, was angesichts der starken rechtsradikalen Aktivitäten und dem

immer stärkeren Ausbreiten menschenfeindlicher und rassistischer Meinungen auch verständlich ist.

In der Bildungsarbeit der WABE-Koordinierungsstelle erleben wir:

- dass Jugendliche und junge Erwachsene sehr interessiert sind wenn die Angebote gut sind und dass sie gerne nachhaltig angeregt werden, sich für eine offene Gesellschaft einzusetzen, egal ob in Projekten für Geflüchtete oder gegen Rechts bzw. für Demokratie und Zivilcourage.

- Wir stellen aber auch fest dass der Leistungsdruck Engagement stark einschränkt und dass viele gute Projekte auf dem Land wackeln, weil junge Leute für die Ausbildung weggehen müssen und nicht wieder kommen können, obwohl sie es oft gerne möchten – weil sie hier keine Arbeit finden.

- Wir stellen auch fest, dass Jugendliche, die sich engagieren, oftmals die Erfahrung machen: „Wer sich einmischt kriegt Ärger“. Der Bremer Experte für Neonazismus und politische Beteiligung von Jugendlichen, Andrea Müller, sagt ganz klar: Es ist wichtig, dass Interessen von Jugendlichen gehört werden und in einen demokratischen Prozess eingebettet werden. Menschen, die negative Erfahrungen mit Beteiligung gemacht haben neigen nämlich eher zu autoritären Lösungen und Systemen.

- Ein Punkt liegt uns noch am Herzen: Es gibt eine gravierende Stigmatisierung von Jugendlichen, die sich gegen Nazis engagieren! Viele hier kennen das sicherlich, dass diejenigen, die auf ein Nazi-Problem aufmerksam machen, als Störenfriede gesehen werden, und nicht die Rechten. Jugendliche, insbesondere auf dem Land wo fast jede_r jede_n kennt, sind diesen traurigen Mechanismen aber ganz besonders ungeschützt ausgesetzt. Ihre Kenntnisse der Szene, ihr Protest und ihre Erlebnisse werden sehr oft nicht wertgeschätzt oder ernst genommen. Jugendliche aus z.B. kirchlichem Protest werden als Gutmenschen beschimpft, junge Gewerkschafter_innen als indoktriniert dargestellt und junge Antifas als Gewalttäter_innen diffamiert. Ihre Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche werden in die Straftatstatistiken aufgenommen, während die Polizei Angriffe der Nazis auf sie meist ignoriert oder als Gewalt zwischen zwei radikalen Lagern darstellt. Und diese Übergriffe finden genauso wie die Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte vermehrt statt! In Nienburg, in Dorfmark usw...

Alle Kommunen, Behörden, viele Medien wie z. B. Die Walsroder Zeitung, Bürgerinnen und Bürger müssen sich endlich fragen, auf welcher Seite sie stehen! Nur so kann der Wunsch, junge Leute mit dem Wissen über gestern für heute und morgen zu stärken, was ja in jeder Gedenkrede gefordert wird und heute quasi zum guten Ton gehört, glaubwürdig sein. Und nur so sind breite

**Bündnisse und dauerhafte und wehrhafte Strukturen gegen
Rechts möglich.**

Vielen Dank!